über 1000 Tochterfirmen und Beteiligungen hatte der Energieriese zu Jahresbeginn in den Büchern stehen, zum großen Teil Kapitalgesellschaften mit Sitz in Deutschland.

Ob das Milliardenroulette von Stoiber wirklich gebremst werden kann, ist unwahrscheinlich, zumal der Kanzlerkandidat ein gewaltiges Problem hat: Wenn Gewinne bei Firmenverkäufen wieder versteuert würden, dann könnten die Unternehmen – anders als derzeit – auch wieder ihre Verluste aus solchen Geschäften beim Fiskus absetzen.

Gerade angesichts der momentanen Börsenbaisse stehen viele Beteiligungen zurzeit mit zu hohen Werten in den Büchern: „Die Konzerne, die irgendwelche Beteiligungen früher teuer gekauft haben, werden dann richtig Spaß bekommen, ihre Aktien wieder zu verkaufen“, fürchtet Berlins Sparkommissar Hans Eichel und lehnt deshalb eine Rückkehr zur Besteuerung von Beteiligungsverkäufen ab.

„In der jetzigen Krise würde das massiv die Kasse des Bundesfinanzministers belasten“, urteilt Allianz-Vorstand Helmut Perlet nüchtern. „Die deutschen Unternehmen würden Abschreibungen in Milliardenhöhe vornehmen.“ Doch Ökonom Jarass hat eine vergleichsweise einfache Lösung parat. Die Verluste aus Beteiligungsverkäufen sollten nicht mit Gewinnen aus dem normalen Firmengeschäft verrechnet werden dürfen – sondern allein mit Gewinnen aus solchen Firmen-Deals. Steuerverrechnungen zu Lasten des Fiskus würden dadurch massiv eingeschränkt.

In den Länderfinanzministerien wird derweil nachgedacht, das konzerninterne Beteiligungsgeschacher schon in diesem Jahr zu erschweren und nicht erst – wie bei externen Verkäufen von Stoiber geplant – im Jahr 2004. Entsprechende Entwürfe seien längst geschrieben, sowohl in Unions- als auch in SPD-geführten Ländern, heißt es. Spätestens in den Koalitionsverhandlungen im Herbst würden die Pläne hervorgeholt.

Doch Lothar Späth, den Stoiber als Wirtschaftsfachmann in sein Kompetenzteam geholt hat, warnt vor zu viel Eile. „Es ist mir schon klar, dass die Großkonzerne inzwischen auch Konstruktionen gefunden haben, um jetzt Gewinne steuerfrei zu realisieren und damit einer späteren Besteuerung entgegenzuwirken“, sagt der Praktiker, der als Vorstandsvorsitzender der Jenoptik weiß, wie seine Kollegen ticken. Dass die Firmenchefs ihre Vorteile sichern wollten, könne man denen ja nicht mal übel nehmen.

Späth will, falls er im Herbst Wirtschaftsminister werden sollte, erst mal in aller Ruhe die Besteuerung von Beteiligungserlösen im Ausland prüfen. „Schnellschüsse bringen gar nichts“, sagt er, „weil das Geld in den meisten Fällen vor der möglichen Steuer in Sicherheit gebracht worden ist.“ Christoph Pauly, Ulrich Schäfer

GELDWÄSCHE

Die Hydra Hawala

Trotz verschärfter Kontrollen nach dem 11. September bleibt das Milliardengeschäft mit Geldüberweisungen undurchsichtig. Nicht nur Terroristen profitieren von der Ohnmacht der Behörden.

Zwei Muslime stehen diskutierend in der Schlange. Am Schalter verständigt sich ein Ehepaar in gebrochenem Deutsch. Und an den Stehpulten der Reisebank im Hamburger Hauptbahnhof kämpfen sich Kunden aller Hautfarben durch die Formulare für den Geldversand mit Western Union, Marktführer im weltweiten Transaktionsgeschäft.

Wenige Wochen vor dem Anschlag auf das World Trade Center (WTC) in New York kam hier auch Ramzi Binalshibh vorbei. Ausgerüstet mit einem 1998 in Spanien gestohlenen Pass auf den Namen Ahad Abdallah Sabet, benutzte der Komplize des Todespiloten Mohammed Atta die Reisebank-Filiale als Kanal für die finanzielle Vorbereitung der Terroranschläge vom 11. September.

Unter dem falschen Namen kassierte Binalshibh Ende Juli 2001 über 30 000 Mark an Überweisungen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Wenige Tage später speiste er einen Teil des Geldes in Hamburg erneut in die Western-Union-Kanäle ein. Empfänger Zacarias Moussaoui saß im Städtchen Norman im US-Bundesstaat Oklahoma und bekam beim lokalen Agenten des US-Finanzgiganten am 3. August rund 9500 Mark ausgezahlt. Heute sitzt Moussaoui im Gefängnis – angeklagt als mutmaßlicher 20. Attentäter der WTC-Katastrophe.

Dank grafologischer Gutachten und Fingerabdrücken auf den Überweisungsbelegen konnte Binalshibh schließlich als Drahtzieher der Finanzschiebereien überführt werden. Er wird derzeit per internationalem Haftbefehl gesucht. Doch die erfolgreiche Aufklärung solcher Blitztransfers ist längst nicht die Regel.

Auch ein Jahr nach den verheerenden Anschlägen stehen Geldwäsche-Experten und Aufsichtsbehörden dem boomenden Milliardengeschäft mit weltweiten Geldüberweisungen oft hilflos gegenüber. Zu viele Lücken, Missbrauchsmöglichkeiten und illegale Transfernetzwerke machen nicht nur den Finanzkrieg gegen Osama Bin Laden und al-Qaida zu einem beinahe hoffnungslosen Unterfangen.

Das System des Transfergeschäfts birgt „generell erhebliche Geldwäscherisiken“, sagt Frauke Menke, Leiterin des Referats Geldwäschebekämpfung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin). Neben Terroristen würden auch Drogendealer und Schleuserbanden auf diesem Weg versuchen, kriminelle Gelder zu verschieben. „Das Dunkelfeld lässt sich kaum abschätzen“, beschreibt Menke die Ohnmacht der Behörden.

BRETT ELOFF

Transferbüro in Mogadischu: *Schier aussichtsloser Kampf*

Dabei liefern Transferkonzerne wie Western Union oder Moneygram immerhin regelmäßig Verdachtsmeldungen. Mit Hilfe ausgeklügelter Software klopfen sie die Geldströme auf dubiose Deals ab. Allein bei Western Union müssen so jährlich 109 Millionen Zahlungen durchleuchtet werden. „Das seit dem 11. September erweiterte Überwachungssystem prüft jede Transaktion auf personelle und geografische Auffälligkeiten und sucht Verbindungen zu anderen Überweisungen“, erklärt Wolfgang Foerster, Geschäftsführer von Moneygram Deutschland, dessen Hamburger Filiale ebenfalls von Binalshibh besucht wurde: Im Juni 2000 verschickte er dort 9652 Mark an einen Komplizen in New York.

Ob Western Union oder Moneygram, permanent findet heute ein weltweiter Abgleich der Kundennamen mit den schwarzen Listen des US-Finanzministeriums und der Europäischen Kommission statt. Registriert der Zentralrechner einen Treffer oder deutet das Zahlungsmuster auf kriminelle Strukturen hin, wird die Überweisung automatisch eingefroren.

Bei den Fahndern werden solche Anstrengungen gewürdigt. Trotzdem bleiben grundsätzliche Bedenken. „Mit den Verdachtsmeldungen aus Finanztransfergeschäften können wir oft wenig anfangen“, sagt Christian Hütte, Chef der Finanzermittlungen beim Hamburger Landeskriminalamt.

Systembedingt kämen die Meldungen erst im Nachhinein an. Zudem „verwenden die Absender oft falsche Namen, und die verdächtigen Zahlungen gehen meist in Länder, in denen keine Rechtshilfe möglich ist“, beklagt Hütte.

Daneben fließen jedoch enorme Summen völlig unkontrolliert durch die verdeckten Kanäle des so genannten Hawala-Bankings – ohne Daten und Belege.

Diese historisch gewachsenen Organisationen basieren auf Vertrauen. Meist auf eine Volksgruppe beschränkt, bestehen weltweit zwischen Firmen und Einzelpersonen unzählige solcher informeller Netzwerke, über die Geldtransfers abgewickelt werden – zu einem Bruchteil der Gebühren von Western Union & Co.

Gastarbeiter, Asylbewerber oder auch Prostituierte sind darauf angewiesen, um ihre Familien im Heimatland zu unterstützen. Sie bringen das Geld zu einem Hawala-Agenten. Der wiederum teilt seinem Partner im betreffenden Land telefonisch mit, wem er die entsprechende Summe in Lokalwährung auszahlen soll. Über Verrechnungen, zum Beispiel mit Im- und Exportgeschäften, gleichen dann die Agenten im Nachhinein die gegenseitigen Forderungen wieder aus.

„Die Bedeutung des Hawala-Systems für Kriminelle wie Terrorfinanzierer, Geldwäscher, Drogen- und Waffenhändler“, schreiben nun Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Entwurf einer bislang unveröffentlichten Studie über das Schattennetzwerk, „liegt in der undokumentierten Art der Transaktion und der Geschwindigkeit, mit der Hawala das Geld bewegt.“ Die Kunden müssten sich weder identifizieren noch die Herkunft des Bargelds deklarieren.

Die ökonomischen Dimensionen der anonymen Transfers sind gigantisch. Für 15 ausgewählte Länder, darunter Staaten wie Pakistan, Iran oder Sudan, schätzt der IWF das Volumen privater Überweisungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf insgesamt 760 Milliarden Dollar. Davon flossen laut Studie 310 Milliarden Dollar über informelle Wege.

„Das Hawala-System muss überwacht werden“, bilanzieren die IWF-Experten.

MARC DARCHINGER

Western-Union-Reklame*
Dauernder Abgleich mit schwarzen Listen

Ihre Vorschläge für eine Regulierung sind jedoch äußerst schwammig.

In Deutschland gilt schon seit 1998 für alle Finanztransfergeschäfte die Erlaubnispflicht. 70 Firmen besitzen eine Bewilligung und müssen über ihre Geschäfte Rechenschaft ablegen. Trotzdem ist „die Anzahl illegal operierender Firmen nach wie vor sehr groß“, gibt Geldwäsche-Expertin Menke zu. Lediglich 30 Anträge auf Registrierung sind bei ihrer BAFin anhängig. Vor allem „die geforderte Transparenz bei den Zahlungsströmen“ schrecke viele ab. 1000 Verfahren wegen illegaler Transfergeschäfte hat ihre Behörde bislang angestrengt.

Die personell unterversorgte BAFin-Truppe führt einen schier aussichtslosen Kampf. Die Netzwerke gleichen einer Hydra, der ständig neue Köpfe nachwachsen.

Den Beweis liefert eine kürzlich durchgeführte Aktion. Obwohl ihnen das Finanztransfergeschäft untersagt worden war, ließen mehrere Geldschieber am 14. Januar 2002 beim Frankfurter Amtsgericht den „Dahabshiil Verein für Hilfe in Somalia“ eintragen. Unter dem Deckmantel liefen die Geschäfte in Höhe von mehreren Millionen Euro munter weiter. Erst vor wenigen Wochen kam die Aufsicht dem Verein auf die Schliche und legte ihn still.

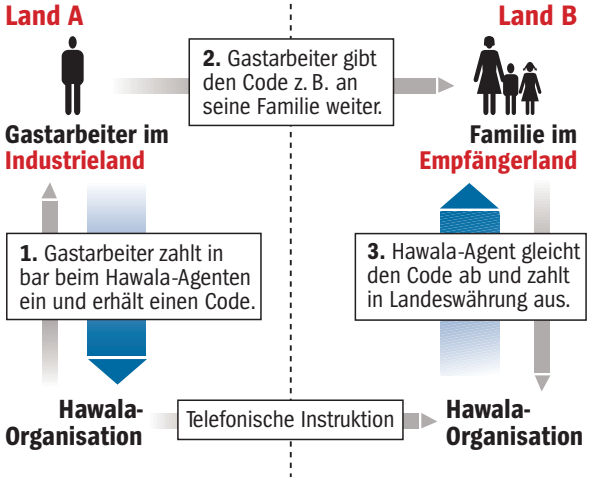
Dass solche Maßnahmen nachhaltig dubiose Transfers verhindern, scheint fraglich. So versuchten deutsche Finanzwächter die somalische Al-Barakaat-Organisation, auf die US-Terrorfahnder ein besonderes Augenmerk gerichtet haben, bereits vor dem 11. September zu schließen.

Ehemalige Angestellte bieten den Service noch heute an – in Frankfurt wie in Bonn oder München.

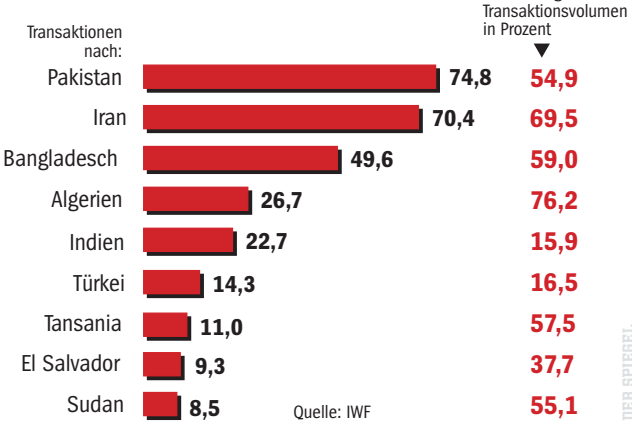
BEAT BALZLI

Dunkle Kanäle

Beispielhafte Abwicklung von privaten belegfreien Geldtransfers ins Ausland



Geschätztes Volumen nicht dokumentierter Geldtransfers 1981 bis 2000 in Mrd. Dollar



DER SPIEGEL

* In türkischer Sprache am Berliner Tiergarten.